

Jahresrückblick

Unser Jahresrückblick fällt nicht so positiv aus, wie das der anderen Fraktionen, weil wir der Auffassung sind, dass zum Teil falsche Prioritäten gesetzt wurden.

Sicherlich hat der nicht genehmigte Haushalt uns und die Verwaltung zeitlich arg zurückgeworfen und deshalb ist es gut, dass die Jahresabschlüsse jetzt oberste Priorität haben und wir hier sehr gut vorankommen.

Aber der nicht genehmigte Haushalt hat auch noch einmal gezeigt, wie wichtig die Erarbeitung eines Gemeindeentwicklungskonzept ist, das wir schon 2019 beantragt haben und womit spätestens 2022 gestartet werden sollte. Passiert ist wieder nichts. Dabei fällt uns die Anforderung ständig vor die Füße.

So wurden z.B. die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes und weitere wichtige Anträge auf das GEK geschoben und das in Zeiten, wo Klimaschutz oberste Priorität haben sollte in diesen Zeiten.

Stattdessen werden die Kapazitäten u.a. für die Planung eines neuen Baugebietes verwendet, obwohl es - aufgrund der aktuellen Lage (steigende Zinsen und Baukosten) Jahre dauern wird, ehe alle Grundstücke verkauft sind. Für den Endausbau werden dann die geplanten Kosten bei weiten nicht auskömmlich sein, sodass wir drauf zahlen.

Davon abgesehen gibt es noch das Baugebiet in Aschenstedt, das jetzt erst in Angriff genommen wurde und das restliche Prechtgrundstück für das wir seit Jahren Abschreibungskosten haben, die den Ergebnishaushalt belasten und wo auch in diesem Jahr nichts wesentliches passiert ist.

Darüber hinaus hätte wir hier Einnahmen im 6-stelligen Bereich generieren können, die nun im Haushalt fehlen.

Damit komme ich zum Haushalt für 2023. Gleich zu Beginn sind aufgrund der angespannten Haushaltlage alle Parteien aufgefordert worden, uns mit Anträgen, die den Haushalt belasten, zurückzuhalten und alle haben sich daran gehalten.

Unsere Fraktion hat lediglich beantragt, dass die fest eingeplante und so wichtige Stelle für die Schulsozialarbeit nicht gestrichen wird. Dieser wurde zum einen mit der Begründung abgelehnt, dass für die Schulsozialarbeit das Land Niedersachsen zuständig ist und dies auch im Koalitionsvertrag zu vereinbart wurde, aber wie wissen alle, dass die Umsetzung dauern wird. Deshalb haben wir den Kompromissvorschlag gemacht, die Neuausschreibung der Stelle zunächst auf 1 Jahr zu befristen.

Aber auch das wurde – trotz der eindrücklichen Schilderung der Lehrkräfte und Eltern der sozialen Veränderungen an den Schulen – mehrheitlich mit dem Verweis auf die angespannte Finanzsituation der Gemeinde abgelehnt.

Nur fehlt uns der Glaube daran, dass die Situation so angespannt ist, wie vorgelegt, denn die ganzen letzten Jahre haben gezeigt, dass wir am Ende doch viel besser dastanden als geplant.

Als Beispiele seien hier genannt:

	geplant	tatsächlich
2018	- 1.680.586 €	+ 1.082.323 €
2019	- 1.030.291 €	+ 1.379.532 €
2020	- 2.624.907 €	- 890.282 €
2021	- 2.718.661 €	- 186.552 €
2022		

Und wir sind davon überzeugt, dass auch das Jahr 2022 mit einem Plus abschließen wird, weil die Einnahmen höher ausfallen werden. Denn warum soll es der Gemeinde anders gehen wie Bund, Land, Kreis und den Nachbargemeinden. Grund dafür sind nicht nur die Mehreinnahmen durch die Umsatzsteuer aufgrund der gestiegenen Preise, sondern die erheblichen Mehreinnahmen der Unternehmen, die von der Krise massiv profitiert haben, was sich auf die Gewerbesteuer auch in der Gemeinde Dötlingen niederschlagen wird.

Es ist ja grundsätzlich richtig konservativ zu planen, aber mit der Streichung der Stelle für die - in diesen Zeiten so dringend benötigte Stelle für die Schulsozialarbeit – sparen wir an der völlig falschen Stelle.

Außerdem ärgern wir uns darüber, dass wir erst - nachdem wir den Entwurf mit erheblichen zeitlichen Aufwand durchgearbeitet – sehr kurzfristig über weitere Mehrausgaben der Verwaltung hohen 5-stelligen Bereich (Versetzung der Klimaanlage 20.000 €, Software für das Bauamt 18.000 €, Dienstleister für die Reinigung der Schule in Neerstedt 15.000 €) entscheiden sollten, ohne genügend Zeit für eine ausführliche Beratung zu haben.

Uns fehlte die Transparenz der letzten Jahre zwischen Politik und Verwaltung hinsichtlich der Haushaltsvorbereitung!

Nicht zuletzt führt die Entscheidung zum (Ersatz)Bau einer Bushaltestelle am Vossberg für 55.275 € dazu, dass ich dem diesjährigen Haushalt nicht zustimmen werde.

Auch wenn diese Bushaltestelle nur knapp 7.000 € kostet, weil es Fördergelder in Höhe von 87,5 % gibt, so ist es eine Verschwendung von Steuergeldern, zumal die vorhandene Bushaltestelle zwar in die Jahre gekommen, aber völlig in Ordnung ist.